

## **Kurzreferat anlässlich des Peter-Hahne-Anlasses (30.9.2023 in Uster)**

Die Broschüre „Die Schweiz im Umbruch“ haben Sie auf Ihren Sitzen vor Beginn der Veranstaltung vorgefunden. Ja, die Schweiz befindet sich im Umbruch, wenn man sich die verschiedenen Verletzungen unserer Bundesverfassung vor Augen führt. Einzelne Beispiele seien hier kurz genannt:

- fehlende Umsetzung der von Volk und Ständen angenommenen Initiative „Gegen Masseneinwanderung“
- Schwerwiegende Verletzungen der Freiheitsrechte während der Corona-Zeit
- eine in den Schulen heute gelehrt Sexualerziehung, die mit dem verfassungsmässigen Jugendschutz unvereinbar ist

In der besagten Broschüre finden Sie noch viele weitere gravierende Fälle.

Aktuell von besonderer Bedeutung sind auch die beiden Verträge der Weltgesundheitsorganisation WHO, nämlich die Änderung der internationalen Gesundheitsvorschriften und der neue Pandemievertrag. Die beiden Verträge werden momentan verhandelt, ohne dass darüber in der Öffentlichkeit diskutiert wird. Diese gefährden massiv die Souveränität der Schweiz, die Freiheit der Bürger und unsere Verfassung.

Doch nicht nur die Schweiz ist im Umbruch, sondern ganz Europa, denn die gegenwärtigen Tendenzen und Entwicklungen sind flächendeckend feststellbar.

Auf drei Aspekte werde ich nachfolgend etwas vertiefter eingehen.

### **1.) Einen schweren Stand hat mittlerweile die Meinungs- und Wissenschaftsfreiheit**

Gerade die einstigen Aushängeschilder von Wissenschaft und Diskussion, nämlich die Hochschulen, sind von Redebeschränkungen besonders betroffen. Dort hält zunehmend die moralisch-politisch aufgeladene „Woke-Kultur“ mit ihren sog. «Dogmen» Einzug. «Dogmen» wie

- das biologische Geschlecht habe keinerlei Bedeutung;
- nur Weisse seien rassistisch, auch wenn sie überzeugt seien, es nicht zu sein;
- Sprache sei sexistisch und Männer seien toxisch.

Folgende Beispiele verdeutlichen dies: Die Humboldt-Universität in Berlin sagte einen Vortrag der Biologin Marie-Luise Vollbrecht über die Zweigeschlechtlichkeit ab. Grund waren Proteste in sozialen Netzwerken und Androhung von Demonstrationen. Erst dank empörten Reaktionen wurde der Vortrag dann doch noch nachgeholt.

Einen militanten „Shitstorm“ erlebte auch Susanne Schröter, Ethnologielehrerin an der Goethe-Universität in Frankfurt. Anlass war die Konferenz mit dem Titel „Das islamische Kopftuch – Symbol der Würde oder Unterdrückung?“ Trotz heftiger Proteste von demonstrierenden Studenten, die den sog. „antimuslimischen Rassismus“ geisselten, konnte die Konferenz doch noch stattfinden.

Aber auch die Schweiz ist vor solchen Angriffen auf die Meinungs- und Wissenschaftsfreiheit nicht gefeit. Dies mussten die beiden Professorinnen Katja Rost und Margit Osterloh im Frühsommer 2023 am eigenen Leib erfahren. Diese untersuchten im Auftrag der Universität Zürich, warum so viele Frauen auf dem Weg einer Universitätskarriere aussteigen - und dies trotz umfangreicher Gleichstellungsmassnahmen. Rost und Osterloh kamen zum Schluss, dass Studentinnen tendenziell andere Präferenzen als Studenten bezüglich Karriere und Familie aufweisen.

**Zitat von Katja Rost zur besagten Studie: „Wir waren davon ausgegangen, dass Frauen und Männer das Gleiche wollen und die gleichen Ziele haben. In der Forschung sehen wir das aber nicht. Nur weil ich Karriere gemacht habe, müssen das nicht alle Frauen wollen.“**

Die Ergebnisse dieser «Studentinnen-Studie» passten einigen nicht. Es hagelte harsche Kritik und ein regelrechter «Shitstorm» ging über den beiden Professorinnen nieder.

Dies sind keine Einzelfälle. Sie stellen massive Gefahren für die Meinungs- und Wissenschaftsfreiheit dar.

### **Wie konnte es so weit kommen?**

Katja Rost bringt es in der Neuen Zürcher Zeitung auf den Punkt: Es ist letztlich eine kleine Gruppe, die laut und aggressiv auftritt. Sie dominiert die öffentliche Debatte und kann sich sogar gegen die schweigende Mehrheit durchsetzen.

Dieses Phänomen ist immer wieder auch in anderen politischen Bereichen zu beobachten. Dass dies möglich ist, hängt mit der starken Vernetzung solcher Gruppen in Politik und Medien zusammen. Und weil leider kritisch denkende Menschen einfach schweigen.

### **2.) Nicht nur die Meinungs- und Wissenschaftsfreiheit gerät unter Druck, sondern auch christliche Sichtweisen sind mehr und mehr unerwünscht.**

Der Fall von Päivi Räsänen hat international hohe Wellen geschlagen. Päivi Räsänen ist seit über 25 Jahren Parlamentsabgeordnete in Finnland. Sie war Innenministerin und Vorsitzende der finnischen Christdemokraten. 2019 hinterfragte sie in einem Tweet das offizielle Sponsoring der finnisch-lutherischen Kirche für die LGBT-Veranstaltung "Pride 2019". Ihrem Tweet hängte sie auch ein Bild mit Bibelversen aus Kapitel 1 des Römerbriefs des Apostels Paulus an. Dafür wurde sie wegen „Hassrede“ angezeigt und schliesslich von der Generalstaatsanwältin angeklagt. Im März 2022 wurde Räsänen vom Bezirksgericht Helsinki einstimmig freigesprochen. Weil die Staatsanwaltschaft in Berufung ging, ist der Fall immer noch vor den Gerichten hängig.

Die Anwälte von Räsänen sind zuversichtlich, dass das Gericht ihr Recht auf Meinungs- und Religionsfreiheit bestätigt. Räsänen selbst hat gesagt, dass sie ihr Recht auf Meinungsfreiheit notfalls bis zum Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte verteidigen wird.

Ein weiterer Fall sorgte im März dieses Jahres für Schlagzeilen. Isabel Vaughan-Spruce wurde verhaftet, weil sie vor einer geschlossenen Abtreibungsklinik in Grossbritannien still betete. Sie wurde für etwas verhaftet, was nach aussen nicht wahrnehmbar war, sondern nur in ihren Gedanken passierte. Deshalb mussten die Polizeibeamten auch erst nachfragen, ob sie etwa bete. Mittlerweile ist Isabel Vaughan-Spruce wieder frei.

Praktisch zeitgleich zur Verhaftung von Vaughan-Spruce verabschiedete das britische Parlament ein Gesetz über die Einführung von Zensurzonen. Somit sind in der Umgebung von Abtreibungseinrichtungen jede Form von sog. „Beeinflussung“ verboten – auch stille Gebete. Die christliche Menschenrechtsorganisation ADF International spricht in diesem Zusammenhang zu Recht von einer „Kriminalisierung der Gedankenfreiheit“. Ein Anwalt von ADF International sagt treffend: **«Die Freiheit stirbt immer scheinbarweise».**

Diese Beispiele verdeutlichen: Es ist eine klare Tendenz erkennbar, die uns weg von einer freiheitlich-demokratischen Grundordnung hin zu einem Staat und einer Gesellschaft mit totalitären Zügen führt, die abweichende Meinungen ausgrenzt, sozial ächtet und sogar unter Strafe stellt.

### **3.) Kinder, die mit ihrem Geschlecht hadern**

Ebenfalls einen schweren Stand haben heute Eltern und Fachleute, die sich kritisch zu Geschlechtsumwandlungen bei Minderjährigen äussern. Dass in diesem Zusammenhang vieles ideologisch aufgeladen ist, zeigte der Skandal rund um die Tavistock-Klinik in London.

Ein Gremium unabhängiger Experten hatte im Auftrag der britischen Gesundheitsbehörde National Health Service (NHS) einen Bericht vorgelegt. Dieser zeigte auf, dass minderjährigen Patienten zu schnell und ohne gründliche Untersuchung zu einer Geschlechtsumwandlung geraten wurde. Viele dieser Kinder haben eigentlich andere Probleme wie Depressionen, Autismus oder ein erlittenes Trauma durch sexuellen Missbrauch, sagt Sue Evans. Sue Evans ist eine von mehr als 30 Ärzten und Psychologen, die in den Jahren zuvor ihre Stelle bei der Klinik aufgegeben hatten, da sie die Behandlungen nicht mehr guten Gewissens unterstützen konnten.

Ein Beispiel, wie mit Patienten dort umgegangen wurde, ist Keira Bell. Die junge Frau hatte im Jahr 2020 gegen die Tavistock-Klinik geklagt. Sie sei dort nicht adäquat beraten worden, sondern hätte im Alter von 16 Jahren nach kürzester Zeit Pubertätsblocker, dann Testosteron verschrieben bekommen. Später liess sie sich die Brüste entfernen. Sie sagt heute rückblickend: **„Es muss in erster Linie Unterstützung für die psychische Gesundheit geben.“**

Keira Bell ist kein Einzelfall. Zunehmend werden Fälle von Personen bekannt, die eine sog. «Detransition», durchlaufen haben, d.h. ihre Geschlechtsumwandlung wieder rückgängig gemacht haben.

Länder wie Schweden, Finnland und Frankreich verschreiben inzwischen keine Pubertätsblocker an Minderjährige mehr bzw. mahnen zur grössten Zurückhaltung. In

einigen US-Bundesstaaten sind solche Behandlungen sogar gänzlich verboten. Grund hierfür sind die ungenügenden wissenschaftlichen Erkenntnisse.

Während in den besagten Ländern ein Umdenken stattgefunden hat, sieht der Schweizer Bundesrat keine Notwendigkeit, zum Schutz der betroffenen Kinder einzugreifen. Dies geht aus einer Antwort auf eine Anfrage von EDU-Politiker Andreas Gafner hervor.

## **Elternrechte**

Was vielfach vergessen geht: Eltern haben nämlich oft wenig bis kein Mitspracherecht, wenn ihren noch minderjährigen Kindern geschlechtsverändernde Massnahmen verschrieben werden. Die Schweizer Elternvereinigung AMQG unterstützt betroffene Eltern und setzt sich für einen sorgfältigeren Umgang mit Minderjährigen mit Geschlechtsverunsicherung ein.

Helen C., Mitglied von AMQG, erklärte als betroffene Mutter in einem Interview gegenüber Zukunft CH: **„Als ich anfang, mich gegen diese Experimente mit Minderjährigen zu engagieren, lernte ich andere betroffene Eltern kennen. Unter ihnen war beispielsweise ein Vater, der sich weigerte, der Transition seiner 15-jährigen Tochter zuzustimmen. Seine Tochter wurde daraufhin von der KESB in einem Heim platziert und der Vater erhielt eine richterliche Anordnung, in der ihm mitgeteilt wurde, er habe einen Monat Zeit, um seine Zustimmung zu geben, andernfalls würde ihm das Sorgerecht für sein Kind entzogen. Auch in weiteren Fällen, von denen wir wissen, werden die Kinder ausserhalb des Familienhaushalts untergebracht, damit die Behandlungen durchgeführt werden können.“**

## **Was tut Zukunft CH?**

Diese Ausführungen verdeutlichen insgesamt, dass die Schweiz und ganz Europa im Umbruch stehen und Staat, Gesellschaft und Recht massiv verändert werden.

Diesen Umwälzungen sehen wir seitens Zukunft CH nicht tatenlos zu. Gerade die Kinder als schwächste Glieder unserer Gesellschaft dürfen nicht Opfer von Experimenten werden.

Deshalb haben wir vor einigen Monaten die von Frau Gall bereits erwähnte Protestkartenaktion ins Leben gerufen, damit auch in der Schweiz geschlechtsverändernde Eingriffe an Minderjährigen endlich verboten werden.

Zudem unterstützen wir Eltern, denen das Sorgerecht entzogen werden soll, weil sie geschlechtsverändernde Behandlungen bei ihren Kindern ablehnen. Dieser Einsatz in der Sache als auch für die betroffenen Eltern und Kinder ist uns von Zukunft CH ein Herzensanliegen!

**Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.**

Referent: Ralph Studer